

**Antrag auf Zulassung als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin  
und als Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)/Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)**

Rechtsanwaltskammer Nürnberg  
Fürther Str. 115  
90429 Nürnberg

**Anlagen:**

1. Original oder amtlich beglaubigte Ablichtung des Zeugnisses des 2. Staatsexamens oder über das Bestehen der Eignungsprüfung
  2. Lebenslauf mit Lichtbild
  3. Originalausfertigung oder öffentlich beglaubigte Ablichtung des Arbeitsvertrages (§ 46a Abs. 3 BRAO)
  4. Beschreibung der tatsächlichen Tätigkeit, von Arbeitgeber und Antragsteller unterschrieben (s. Formblatt)
  5. Unwiderrufliche Freistellungserklärung des Arbeitgebers, für den die Tätigkeit des Syndikusrechtsanwalts /Syndikusrechtsanwältin erfolgt
  6. ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen (s. Formblatt)
  7. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung für die Tätigkeit als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin
- Original oder amtlich beglaubigte Ablichtung der Promotionsurkunde oder Urkunde über den Erwerb eines anderen akademischen Grades

Name	Vorname
Geburtsname	Staatsangehörigkeit
Geburtsdatum	Geburtsort
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Telefonnummer (auch mobil):
	E-Mail-Adresse:

**Ich beantrage, mich zur Rechtsanwaltschaft als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin und als Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) / Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) zuzulassen.**

Meine Kanzlei werde ich wie folgt einrichten / Ich bin angestellt in der Kanzlei:

(Kanzleiname)	
(Straße, Hausnummer)	(PLZ, Ort)
(Telefon)	(Telefax)
(e-mail)	(Internetadresse)

Meine Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt/Syndikusrechtsanwältin werde ich ausüben beim Arbeitgeber :

Kanzlei/Firma/Name des Arbeitgebers, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort	Telefonnummer:
	Telefax:
	E-Mail-Adresse:

Meinen Wohnsitz werde ich nach meiner Zulassung  beibehalten  nehmen in

\_\_\_\_\_  
(Straße, Hausnummer, Ort)

Ich werde eine Zweigstelle einrichten (Kanzleiname wie oben):

_____ (Straße, Hausnr.)	_____ (PLZ, Ort)
_____ (Telefon)	_____ (Telefax)

Die Befähigung zum Richteramt habe ich erworben / die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft habe ich bestanden / am \_\_\_\_\_ (s. Anlage 1).

Mit der Beiziehung etwa vorhandener Personalakten bei anderen Rechtsanwaltskammern / Justizverwaltungen oder sonstigen Behörden sowie der Anfertigung von Kopien und deren Aufbewahrung erkläre ich mich einverstanden.

Meine Sozialversicherungsnummer lautet: \_\_\_\_\_  
(Angabe vereinfacht die Kommunikation mit der Deutschen Rentenversicherung).

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 650,-- € ist überwiesen.

Mir ist bekannt, dass meine Daten bei der Rechtsanwaltskammer Nürnberg gespeichert und nach Übermittlung an die BRAK in einem bundeseinheitlichen Gesamtverzeichnis im Internet veröffentlicht werden, § 31 BRAO.

**Die Anlagen bilden einen integralen Bestandteil dieses Antrags. Alle Antworten und Angaben habe ich in Kenntnis des § 36 Abs. 1 und 2 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß gegeben/gemacht. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 32 Satz 1 BRAO i.V.m. § 26 VwVfG.**

\_\_\_\_\_  
Ort / Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

---

Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten durch die Rechtsanwaltskammer Nürnberg sowie eine Belehrung über Ihre diesbezüglichen Rechte finden Sie unter: [www.rak-nbg.de/datenschutzhinweise](http://www.rak-nbg.de/datenschutzhinweise). Sofern Sie nicht über einen Zugang zum Internet verfügen, werden Ihnen die Informationen auf Wunsch auch übersandt.

# Tätigkeitsbeschreibung

## als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt

Vor- und Nachname	
<b>I. Angaben zur Tätigkeit</b>	
Beginn <i>(Datum)</i>	
Arbeitgeber <i>(bitte vollen Namen / volle Firma)</i>	
Adresse <i>(zugleich Kanzleisitz):</i>	
Unternehmensgegenstand/Gesellschaftszweck o.ä.	Registernummer
Funktionsbezeichnung	
<b>II. Fachliche Unabhängigkeit</b>	
<p>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</p> <p>Bitte gesondert als Ergänzung zum Arbeitsvertrag vorlegen mit Unterzeichnung Antragsteller und Arbeitgeber. Die eventuell widersprechenden Regelungen im Arbeitsvertrag sollten ausdrücklich aufgehoben werden.</p>	
<b>III. Merkmale der anwaltlichen Tätigkeit</b>	
Tätigkeitsbeschreibung:	
Die Tätigkeit beinhaltet <i>(Die Tätigkeitsmerkmale müssen kumulativ vorliegen):</i>	
Die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten § 46 Abs. 3 Nr. 1 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Erteilung von Rechtsrat § 46 Abs. 3 Nr. 2 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten § 46 Abs. 3 Nr. 3 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Befugnis zu verantwortlichem Auftreten nach außen § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO	<i>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</i>

#### IV. Erklärung zur Prägung der anwaltlichen Tätigkeit

Werden nichtanwaltliche Tätigkeiten in diesem Arbeitsverhältnis ausgeführt?

ja  nein

*(Beschreibung der nichtanwaltlichen Tätigkeiten)*

.....  
.....  
.....

Wenn ja, in welchem prozentualen Umfang werden die nichtanwaltlichen Tätigkeiten ausgeführt?

%
---

an-

#### V. Erklärung des Unternehmens / Verbandes (satzungsmäßiger Vertreter)

Dem/Der Arbeitnehmer/in wird bestätigt, dass er/sie in unserem Unternehmen als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt tätig ist. Die unter II. und III. gemachten Angaben sind zutreffend und Bestandteil des Arbeitsvertrages. Eventuell anderslautende Bestimmungen zur Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers werden hiermit bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit aufgehoben.

Uns ist bekannt, dass der/die Arbeitnehmer/in die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin /Syndikusrechtsanwalt beantragt. Uns ist weiter bekannt, dass von der Entscheidung über die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abhängt. Wir verzichten hiermit vorsorglich auf eine Hinzuziehung als Beteiligter in dem Zulassungsverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVfG.

.....  
(Ort) (Datum)

.....  
(Unterschrift Unternehmen / Verband)

.....  
(Ort) (Datum)

.....  
(Unterschrift Antragsteller/in)

## Fragebogen zum Antrag auf Zulassung als Syndikusrechtsanwalt/Syndikusrechtsanwältin

Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschriebenem Blatt beifügen.

	Frage	Erläuterungen	Antworten
1	a) Haben Sie bereits anderweitig oder früher eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (auch als Syndikusrechtsanwalt) beantragt? b) Existiert aus dieser Zeit eine beA-Postfachnummer (Safe-ID)	Ggf. nähere Angaben, wo die Zulassung beantragt wurde	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja  <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
2	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden? b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Die Rechtsanwaltskammer hat ein unbeschränktes Auskunftsrecht aus dem BZRG (§ 41 Abs. 1 Ziff. 11 i.V.m. Abs. 5 BZRG), d. h., die für ein Führungszeugnis geltenden Begrenzungen (§ 32 BZRG) finden ihr gegenüber keine Anwendung. Anzugeben sind alle Ermittlungsverfahren und strafgerichtlichen Verurteilungen, sofern keine Tilgungsreife nach § 45 Abs. 1 BZRG eingetreten ist. Im Fall einer Wiederzulassung sind, unabhängig von der Tilgungsreife, Straftaten anzugeben, wenn sie Gegenstand einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme waren und die Frist des § 205 a Abs. 1 BRAO noch nicht verstrichen ist. <b>Falsche bzw. unterlassene Angaben führen in der Regel unabhängig von der Schwere der nicht angegebenen Tat bzw. des Tatvorwurfes zu einer Versagung der Zulassung wegen Unwürdigkeit (§ 7 Nr. 5 BRAO).</b> § 7 Nr. 1 - 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:  Gericht/StA: AZ:
3	Sind gegen Sie beamtenrechtliche oder richterliche Disziplinarmaßnahmen oder anwaltsgerichtliche Maßnahmen verhängt worden?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4	Sind oder waren gegen Sie a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:  Gericht/StA: AZ:
5	Ist Ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft /als Syndikusrechtsanwalt bereits einmal versagt, widerrufen oder zurückgenommen worden?	§ 7 Nrn. 3 und 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
6	Erklären Sie, dass Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen?	§ 7 Nr. 6 BRAO	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
7	Leiden Sie an einer Sucht oder bestehen sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Sie nicht nur vorübergehend an der ordnungsgemäßen Ausübung des Anwaltsberufes hindern könnten?	§ 7 Nr. 7 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
8	Wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Beruf als Syndikusrechtsanwalt noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§ 7 Nrn. 8 und 10 BRAO Anzugeben ist <b>jede</b> selbständige, freiberufliche Tätigkeit, aber auch <b>jede</b> Tätigkeit bei einem <b>nichtanwaltschaftlichen Arbeitgeber</b> ; die rentenversicherungsrechtliche Bewertung ist insoweit unmaßgeblich.  <i>Siehe außerdem gesondertes Merkblatt „Ausübung einer sonstigen beruflichen Tätigkeit“</i>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

9	a) Sind Ihre Vermögensverhältnisse geordnet?	Vgl. § 7 Nr. 9 BRAO; ggf. nähere Angaben, insbesondere über gegen Sie gerichtete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, auf besonderem Blatt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	b) Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder sind Sie in das vom Insolvenzgericht oder vom Vollstreckungsgericht zu führende Verzeichnis (§ 26 Abs. 2 Insolvenzordnung, § 915 ZPO) eingetragen?		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
10	Sind Sie durch gerichtliche Anordnung in der Verfügung über Ihr Vermögen beschränkt?	§ 7 Nr. 9 BRAO	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
11	Sind Sie Richter, Beamter, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit?	Ausgenommen ist der Vorbereitungsdienst als Rechtsreferendar.	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
12	a) Wo werden die Referendarpersonalakten über Sie geführt?	Angabe, wo diese Personalakten angefordert werden können:		
	b) Werden bei einer sonstigen Stelle Personalakten über Sie geführt?	Ggf. angeben, wo diese Personalakten angefordert werden können:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
	Sind Sie mit der Einsichtnahme in die Referendarpersonalakten und ggf. sonstigen Personalakten durch die Rechtsanwaltskammer einverstanden?	Auf § 26 Abs. 2 VwVfG wird hingewiesen.	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja

Ort und Datum

Unterschrift